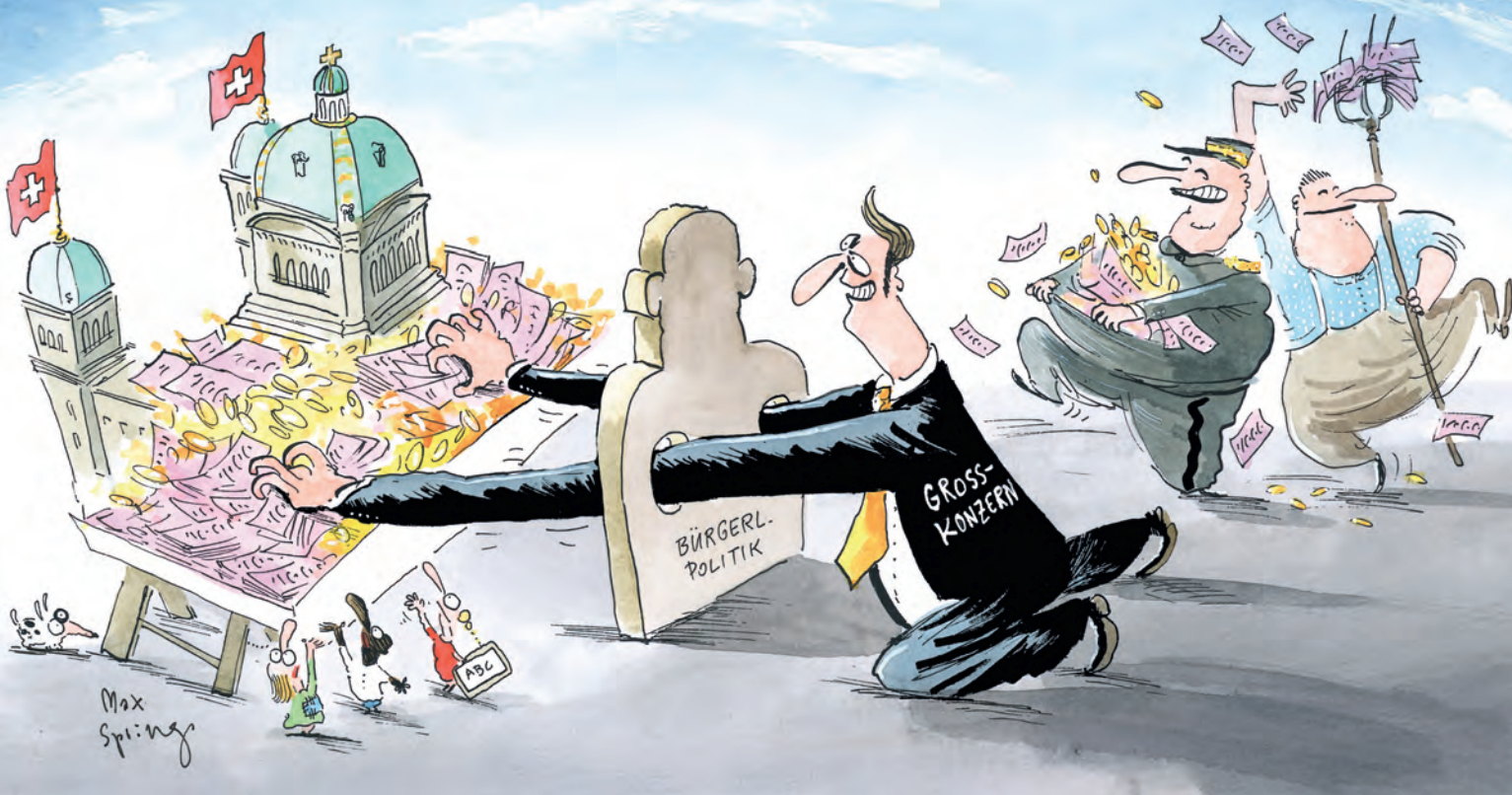


# SOLIDARISCH



**FÜR EINIGE IST DIE BÜRGERLICHE FINANZPOLITIK GRUNDZUR FREUDE**, für alle andern aber bedeutet sie Leistungsabbau und höhere Steuern.

## Finanzpolitik ist mehr als Zahlenzirkus



Mattea Meyer,  
Nationalrätin SP,  
Zürich

Seit bald einem Jahr sitze ich für die SP in der Finanzkommission des Nationalrats. Was mich in dieser Zeit am meisten erschreckt hat? Mit welcher Unverfrorenheit die Rechten aus unserem Staat einen Selbstbedienungsladen für Besitzende machen.

### Selbstbedienung für ein paar wenige...

Grosskonzerne, landwirtschaftliche Bodenbesitzer/innen und Armeebefürworter/innen hatten im letzten Jahr einiges zu feiern. So wird die Unternehmenssteuerreform III den Grossfirmen Milliardenprofite beschern, weil sie in Zukunft noch weniger Steuern zahlen müssen und noch mehr Gewinne einstecken können. Den Staat kostet dieses Geschenk mindestens 1,5 Milliarden Franken pro Jahr (die Ausfälle auf Kantons- und Gemeindeebene noch nicht eingerechnet!). Auch Bäu-

erinnen und Bauern mit Grundbesitz werden weniger zahlen müssen, denn Gewinne aus dem Verkauf von bäuerlichem Bauland sollen in Zukunft privilegiert besteuert werden. Das lässt sich die Nationalratsmehrheit jährlich 400 Millionen Franken kosten – je 200 Millionen entgehen dem Bund und der AHV. Zu guter Letzt konnten die Freundinnen und Freunde der Armee anstossen. Ihr Budget wurde auf 5 Milliarden Franken (+300 Millionen) pro Jahr aufgestockt. Wofür genau, weiss niemand.

Diese Mindereinnahmen bleiben nicht ohne Folgen. Denn die Schuldenbremse sieht vor, dass die Ausgaben die Einnahmen nicht oder nur gering übersteigen dürfen. Werden also Einnahmefälle produziert, bedeutet dies weniger Geld, das ausgegeben werden kann. Das Übel perfekt macht zudem die systemati-

sche Schwarzmalerei beim Budget. Weil die Einnahmen Jahr für Jahr zu tief budgetiert werden, wird im Voraus bei den Ausgaben der Rotstift angesetzt. Darauf folgt die jährliche «Überraschung»: Ein Überschuss in Milliardenhöhe (2015: 2,3 Milliarden Franken). Doch dann ist es zu spät: In der Entwicklungszusammenarbeit wurden Gelder gestrichen, das Staatspersonal hat auf den Lohnanstieg verzichtet, die Prämienverbilligungen wurden gekürzt. Und die Forderung nach einem bescheidenen, zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub wurde mit dem Verweis darauf abgelehnt, dass wir uns Gleichstellung nicht leisten könnten.

### ... Leistungsabbau und höhere Steuern für alle anderen

Bei dieser Politik bleiben die Menschen auf der Strecke, denn sie werden für die Ausfälle zur Kasse gebeten. Einerseits müssen sie

schlechtere Leistungen in Kauf nehmen. So wurde und wird vor allem bei der Bildung, der Entwicklungszusammenarbeit und bei der sozialen Wohlfahrt gekürzt. Andererseits wurde und wird der Lohn oder die Rente stärker besteuert. Am Ende des Monats bleibt für die meisten also weniger Geld im Portemonnaie. Kommt zudem die Unternehmenssteuerreform III durch, rücken Steuerfuss-Senkungen für die breite Bevölkerung in weite Ferne. Diese Ungleichheit ist nicht nur ungerecht, sondern auch volkswirtschaftlich schädlich.

In dieser Abwärtsspirale aus Steuerprivilegien und Leistungsabbau vergessen die Rechten etwas: Ob Krankenkassenprämien oder Kinderbetreuung, ob Bibliotheken oder öffentliche Schwimmbäder, ob Altersheime oder Ausbildungskosten: Es geht nicht um die Frage, ob wir uns die-

se Leistungen «leisten» können – sondern darum, wer sie finanziert. Muss jeder und jede einzeln schauen, wie er oder sie die Krankenkassenrechnung, die Ausbildungskosten und den Schwimmbadeintritt bezahlen kann? Oder wird ein Teil der Kosten solidarisch durch die Gemeinschaft getragen, damit alle Zugang haben zu diesen Leistungen des täglichen Bedarfs?

### Verfassungsauftrag ernst nehmen

Diese Beispiele zeigen: Finanzpolitik ist gleichzeitig Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, Bildungspolitik oder Migrationspolitik. Wie gefährlich das werden kann, beweist SVP-Bundesrat Ueli Maurer, der seit diesem Jahr über die Bundeskasse wacht. In einem Interview mit der Basler Zeitung meinte er vor kurzem: «Der finanzielle Druck könnte die Asylgewährung korrigieren.» Was die

hetzerische Asylpolitik seiner SVP noch nicht ganz geschafft hat, soll mit Verweis auf die finanzielle Situation beim Bund, den Kantonen und Gemeinden geschehen: Den Menschen das Recht auf Asyl verweigern.

Finanzpolitik ist also weit mehr als Zahlensirkus. Sie stellt die Frage, wie wir als Gesellschaft zusammenleben wollen und was uns wichtig ist. Unsere Antwort darauf? Anstatt Pfründen und Privilegien zu verteilen, sollten alle wieder nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden und dazu beitragen, dass es allen gut gehen kann. So, wie es die Bundesverfassung eigentlich vorsieht, auf die sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier gerne berufen.

## VOLKSINITIATIVE

# Ein Vaterschaftsurlaub für Familien



Rebecca Ruiz,  
Nationalrätin SP,  
VD

Im vergangenen Mai lancierten Travail.Suisse und 140 Organisationen der Zivilgesellschaft eine Volksinitiative für einen flexibel beziehbaren Vaterschaftsurlaub von vier Wochen (20 Arbeitstage).

Die SP, die seit Jahren für eine stärkere Familienpolitik und für Gleichstellung kämpft, unterstützt diese Initiative aus verschiedenen Gründen.

In erster Linie weil es ein Grundrecht ist, dass ein Vater sich ins Familienleben einbringen kann. Dass er unter anständigen Bedingungen einen Säugling willkommen heissen und sich ganz einfach in die neue Rolle als Vater einleben kann.

Daneben finanzieren heute zahlreiche Eltern via Arbeitszeitreduktion oder mit unbezahltem Urlaub selber einen Elternurlaub. Doch die grosse Mehrheit der Mittel- und Unterschicht kann sich das schlicht nicht leisten. Das-

selbe Ungleichgewicht herrscht bei den Firmen, wo nur Grossbetriebe ihren Angestellten zusätzliche Rechte gewähren können.

Heutige Väter fordern einen solchen Urlaub auch, weil sie von Anfang an ihre Verantwortung wahrnehmen wollen. Und es ist längst erwiesen, dass jene, die einige Wochen Vaterschaftsurlaub nehmen können, sich anschliessend mehr um ihre Kleinkinder kümmern als Väter, die keinen solchen Urlaub hatten. Der Vaterschaftsurlaub ist also eine Massnahme, die zu mehr Gleichberechtigung bei der Aufgabenverteilung beiträgt.

Und schliesslich ist er auch finanzierbar: 20 Tage Vaterschaftsurlaub entsprechen dem Preis eines Kaffees auf der monatlichen Lohnabrechnung.

Sollte das Volk die Initiative annehmen, muss das Parlament die Modalitäten der Umset-

zung beschliessen und kann sich auch dafür aussprechen, im Sinne eines Elternurlaubs mehr freie Tage zu gewähren oder ein Recht auf unbezahlte Urlaubstage für die Mutter oder den Vater vorzusehen.

Junge Eltern möchten heute mehr denn je die Kinderbetreuung vom ersten Tag an möglichst gleichmässig aufteilen. Aus Sicht der Gleichberechtigung der Geschlechter ist es inakzeptabel, dass die Frauen mit einer Schwangerschaft ein grosses Risiko beruflicher Abwertung auf sich nehmen. Gleichzeitig ist ein Vaterschaftsurlaub von einem bis zu zehn Tagen schlicht zu wenig, damit Väter ihr Kind und ihre Partnerin angemessen begleiten können.

Vaterschafts-  
urlaub jetzt!



Kernkraftwerk Beznau: Im Kanton Aargau steht das weltweit dienstälteste Kernkraftwerk.

**ATOM-AUSSTIEGS-INITIATIVE:** Ein zügiger Atomausstieg erhöht nicht nur die Sicherheit, sondern spart auch viel Geld.

# Ein Ausstieg ohne Datum ist



Rudolf  
Rechsteiner,  
alt Nationalrat SP,  
Basel-Stadt

Sichere Atomkraftwerke gibt es nicht. Fünf Jahre nach Fukushima ist die Gefahr nicht mehr in den Schlagzeilen. Real sind die Risiken grösser denn je. Denn die Schweiz leistet sich die ältesten Atomkraftwerke der Welt – eine defizitäre, geschützte Werkstatt aus den sechziger und siebziger Jahren, für sicher erklärt von Heuchlern und Wiederholungstäter. Nirgends auf der Welt ist in der Umgebung von fünf Altkernreaktoren die Bevölkerungsdichte so hoch wie bei uns, nirgends das Land so kleinräumig (man denke an die Flucht bei einem Unfall). Was die Atom-Ausstiegs-Initiative

verlangt, ist nichts als vernünftig: Stilllegung nach 45 Jahren Betrieb. Beznau 1 wird nie mehr angefahren, Beznau 2 bis Ende 2016 stillgelegt, Mühleberg folgt 2017, Gösgen 2024 und Leibstadt 2029.

## Mehr Sicherheit – weniger Kosten

Der geordnete Ausstieg bringt nicht nur mehr Sicherheit, sondern spart auch einen Haufen Geld. «Ein Grosser wird seine Bilanz deponieren» – hat Ex-Alpiq-Präsident Hans Schweickardt am 29. April 2016 im NZZ-Interview angekündigt. Gösgen, Leibstadt und Beznau produzieren zu Gestehungskosten von 4,6 Rp., 5,6 Rp. und 8,5 Rp. pro kWh. Gemessen am aktuellen Marktpreis von 3,1 Rp./kWh machen die drei AKW Betriebsverluste von jeweils 120, 220 bzw. 297 Mio. Franken pro Jahr, insgesamt 637 Mio. Franken, bei Stillstand von Beznau 1 sogar 667 Mio. Franken.

Diese Kosten können die Betreiber nicht mehr stemmen, deshalb verlangen Alpiq und Axpo eine Atom-KEV – «Gestehungskosten für alle», wie Axpo-Chef Andrew Walo am 11. April dem Zürcher Kantonsrat erklärte. Bei Marktpreisen von 3 Rp./kWh decken die Atomkraftwerke auch die laufenden Kosten nicht mehr. Bei 60 Jahren Betriebszeit drohen kumuliert 13 bis 14 Mrd. Franken Verlust (steigende Entsorgungskosten nicht eingerechnet).

Der geordnete Ausstieg bringt diese Altlasten nicht zum Verschwinden, aber sie würden mindestens 5 Mrd. Franken kleiner ausfallen als beim Weiterbetrieb. Einer der drei AKW-Betreiber, die Bernischen Kraftwerke (BKW), hat das begriffen: Mühleberg wird 2019 geschlossen. Statt in Nachrüstungen stecken die BKW das Geld in die norwegische Windfarm Fosen, die ab 2018 Winter-

strom für 3,5–4 €/kWh liefern wird.

## Geradeaus in den Konkurs

Wird die Atom-Ausstiegs-Initiative abgelehnt, blüht den Betreibern der Konkurs. Sie werden versuchen, ihre riesigen Defizite dem Bund aufzuhalsen. Bereits haben sie Beschwerde ergriffen gegen die (immer noch zu niedrigen) Beiträge an den Entsorgungsfonds – weil ihnen das Geld fehlt. Dabei wird es nicht bleiben.

Bei Konkurs der Alpiq entsteht ein Domino-Effekt. Die Atomdefizite müssten vorwiegend von der Axpo allein getragen werden. Diese hat kaum gebundene Endverbraucher, denen sie die ungedeckten Kosten aufhalsen kann. Man darf gespannt sein, wann dem Parlament die ersten Geldbegehren ins Haus flattern. Gemäss einer Umfrage des Blick vom April 2016 bei 500 Personen lehnen



Protestaktion gegen ein geplantes Atommüllendlager.



Windpark in Niedersachsen: Bis 2029 lässt sich der Atomstrom mit sauberer Energie aus dem In- und Ausland ersetzen.

# kein Ausstieg

60 Prozent Atomsубventionen ab. Auch Entschädigungsforderungen sind angesichts der gigantischen Verluste absurd. Der geordnete Atomausstieg spart Geld. Bei einem «Nein» werden neue, teure und unsinnige Nachrüstungen aufgegleist, gefolgt vom finanziellen Kollaps und Chaos. Die Volksinitiative setzt einen klaren Rahmen und ermöglicht einen kostenminimierenden Ausweg aus dem bürgerlichen Atomschlamassel.

## Die AKW sind schon ersetzt

Falsch ist das Bild der Betreiber, Atomstrom lasse sich bloss durch Kohlestrom aus dem Ausland ersetzen. Viele Schweizer Stromfirmen haben ein eigenes, grünes Portfolio aufgebaut, mit Bezugsrechten aus ganz Europa. Über 7 TWh sauberer Strom könnten abgerufen werden, das entspricht 12 Prozent des Endverbrauchs. Netzeengpässe gibt es auch keine, aus-

ser diese werden von der Branche selber organisiert, wie dies beispielsweise im letzten Herbst geschah. Die einheimische Zusatzproduktion aus neuen erneuerbaren Energien wächst ebenfalls substantiell. Sie liefern heute über 4400 GWh oder knapp 8 Prozent des Endverbrauchs. Rechnet man die 10230 GWh aus Projekten auf der KEV-Warteliste hinzu und trägt man den 1000 neuen Projekten Rechnung, die monatlich für eine KEV gemeldet werden, lässt sich die Atomstrom-Produktion bis 2029 lückenlos ersetzen, dies zu einem Preis, der kleiner ist als jener für Weiterbetrieb und Nachrüstung der maroden Altreaktoren.

Mit jedem Tag, den die AKW länger laufen, vermehren sich die Altlasten der Betreiber. Schliesst man die AKW schrittweise und zügig, kann man viel Geld sparen. Und der Gewinn an Sicherheit ist sowieso unbezahlbar.

## Information aus erster Hand

Mit dem Magazin «solidarisch» informiert die SP Schweiz ihre Gönnerinnen und Gönner aus erster Hand über aktuelle politische Entwicklungen.

SP-Mitglieder aus dem National- und Ständerat berichten über ihre jeweiligen Fachgebiete, um Sie über unsere politische Arbeit ins Bild zu setzen.

Unser Einsatz für die sozialdemokratischen Ziele kann dank Ihrer Unterstützung fortgesetzt und verstärkt werden. Wenn Sie «solidarisch» regelmässig, ohne Verpflichtung, erhalten möchten, senden Sie bitte Ihre Postanschrift an [solidarisch@spschweiz.ch](mailto:solidarisch@spschweiz.ch).

Mit bestem Dank  
SP Schweiz

# Anti-Menschenrechtsinitiative: ein Hüftschuss ins eigene Knie

**DIE VON DER SVP NACH PARTEIINTERNEM ZÖGERN** doch noch eingereichte «Selbstbestimmungsinitiative» ist ein Frontalangriff auf unsere Grundrechte und das Völkerrecht.



Hans Stöckli,  
Ständerat SP,  
Bern

chen Verpflichtungen an deren Vorgaben angepasst werden, nötigenfalls durch Kündigung der betreffenden Verträge. Das hätte bei einer Annahme durch Volk und Stände dramatische Folgen.

## Menschenrechtskonvention schützt vor staatlicher Willkür

Seit 1974 gelten auch für die Schweiz die Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK, welche zusammen mit der Rechtsprechung des Gerichtshofs für Menschen-

rechte den Schweizer Rechtsstaat und den Schutz der Individualrechte und Grundfreiheiten der Menschen in der Schweiz erheblich gestärkt haben. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass das Frauenstimmrecht letztlich nur dank der EMRK in der Schweiz eingeführt wurde und dass die Rechte von Arbeitern, Kindern, Frauen, Senioren oder Medienschaffenden dank dieser EMRK gestärkt wurden.

Bis 1981 konnten Minderjährige, weil sie zum Beispiel aus schwierigen Familienverhältnissen stammten, «administrativ versorgt», das heisst in Strafanstalten inhaftiert werden, ohne je straffällig geworden zu sein. Diese Praxis musste wegen der EMRK eingestellt werden. In dieser Herbstsession haben National- und Ständerat endlich eine Wiedergutmachung für Verdunkelnde und Opfer solcher fürsorgerischer Zwangsmassnahmen beschlossen.

Diese EMRK ist ein Garant für Einzelpersonen und Minderheiten gegen staatliche Willkür auch in der Schweiz und ist auch wegen der fehlenden Verfassungsgerichtsbarkeit unverzichtbar. Der unabhängige und hochqualifizierte Gerichtshof für Menschenrechte, in dem auch die Schweiz vertreten ist, hat in den letzten 40 Jahren in weniger als 1,5 Prozent der Individualbeschwerden die Schweiz gerügt. Dieses Beschwerderecht lassen wir uns auch von der SVP nicht nehmen. Die Schweiz wäre neben Weissrussland das einzige Land, welches seinen Bewohnerinnen und Bewohnern den Schutz durch die EMRK vorenthalten würde.

## Völkerrecht ist die Rechtsschutzversicherung der Schweiz

Mit der Verankerung des Vorranges der Verfassung vor dem Völkerrecht würde die Schweiz erklären, dass sie zwar das Völkerrecht grundsätzlich weiterhin zu beachten gedenkt, es aber auch beliebig und jederzeit missachten und brechen kann. Eine Annahme der Initiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» hätte zur Folge, dass unsere Vertragspartner auf die Versprechungen der Schweiz nicht mehr zählen könnten und unser Land so nicht mehr als verlässlicher Vertragspartner gelten würde. In dieser Rolle wäre die Schweiz nicht «selbstbestimmter», sondern würde an Handlungsfähigkeit verlieren.

Die Schweiz als Kleinstaat wäre sehr schlecht beraten, wenn sie sich, gerade als exportorientiertes Land, als unzuverlässiger internationaler Partner verhalten würde. Die internationalen Verträge sind für uns von existentieller Bedeutung, sie verschaffen schweizerischen Unternehmen einen gesicherten Zugang zu ausländischen Märkten. Auch für ausländische Unternehmen, welche sich in der Schweiz ansiedeln möchten, ist ein stabiler Rechtsstaat unabdingbar. Der Schweiz fehlt die wirtschaftliche und politische Macht, um unsere berechtigten Interessen anders als mit völkerrechtlichen Verträgen durchzusetzen.

Mit der Selbstbestimmungsinitiative würden wir grundlos auf unsere beste Rechtsschutzversicherung verzichten und uns mit einem Hüftschuss ins eigene Knie grössten Schaden zufügen.

Mit ihrer Initiative will die SVP der Bundesverfassung Vorrang vor dem Völkerrecht geben, allein unter Vorbehalt des zwingenden Völkerrechts. Im Falle eines Widerspruchs zur Bundesverfassung müssten die völkerrechtli-



Rolf Horst Seiler wurde administrativ versorgt. Diese Praxis musste 1981 dank der Menschenrechtskonvention aufgegeben werden.



**ALTERNATIVE  
BANK  
SCHWEIZ**

**Anders als Andere.**

# Ihr Vermögen in guten Händen.

Mit unserem Fachwissen  
verantwortungsbewusst anlegen.

Kleines Vermögen  
mit grosser Wirkung:

NEU Impact Fonds  
Mandat für  
nachhaltige Anlagen  
ab CHF 50'000.

Sie möchten Ihr Geld verantwortungsbewusst anlegen, mit einem positiven Effekt für Mensch und Umwelt. Das erfordert Erfahrung und Fachwissen. Mit einem Mandat für Vermögensverwaltung delegieren Sie diese Herausforderung an die ABS. So wird unsere Expertise zu Ihrer Anlagestrategie.

Mehr unter: [www.abs.ch/verantwortungsbewusst-anlegen](http://www.abs.ch/verantwortungsbewusst-anlegen)